

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 6 (1926-1927)  
**Heft:** 6-7

**Artikel:** Bauer und Arbeiter  
**Autor:** Grimm, Robert  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-329438>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Die Landwirtschaft sollte auch im wohlverstandenen eigenen Interesse sich gegen den verrückten Wertzuwachs des Bodens in den Städten und die damit verbundene Verteuerung der Mietzinse und der gesamten Lebenskosten zur Wehr setzen, statt ihr Vorschub zu leisten.

Gewiß, wir Sozialisten halten auch die heutige landwirtschaftliche Eigentumsform nicht für etwas Dauerndes. Wir sind überzeugt, daß auch sie der Veränderung unterworfen ist, und erkennen das Wirken der ewigen Veränderung heute schon in der gewaltigen Entwicklung, welche die Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten zurückgelegt hat. Der Schweizer Bauer hat nicht zu seinem Schaden heute schon ein gut Stück des individual-wirtschaftlichen Paroxysmus preisgegeben. Er ist in vielfacher Beziehung heute schon Kollektivwirtschaftler geworden, ohne sich dessen auch nur recht bewußt geworden zu sein. Sozialismus und Sozialisierung sind nicht gleichbedeutend mit Verstaatlichung. Diese letztere ist nur eine der Formen der Vergesellschaftung. In unserer heutigen Gesellschaft ist der Landwirt sogar der einzige Träger und Konservator des uns aus Jahrtausenden überkommenen vergesellschafteten Besitzes, wie ihn beispielsweise die Alpgemeinden des Berner Oberlandes, ferner die Korporationsgemeinden und die Burgergüter mancher Kantone, wenn letztere auch in entstellter Form, noch darstellen.

Es ist politische Verhetzung und Verfeuerung, welche den Landmann mit dem Schreckgespenst der „sozialistischen Enteignung und Ausraubung“ beim Vorspann bürgerlich-kapitalistischer Parteien behalten möchte. Es ist eine der Fundamentallehren sozialistischer Erkenntnis, daß ganz andere, viel wichtigere Sozialisierungsprobleme im Vordergrund des allgemeinen Interesses stehen als die landwirtschaftlichen, und auch das darf heute als Gemeingut sozialistischer Anschauung gelten, daß es der allerverhängnisvollste Fehler sozialistischer Taktik wäre, einer arbeitenden Klasse wie der Landwirtschaft gegen ihren Willen tiefgreifende sozialisierende Umwälzungen aufzwingen zu wollen. Die Geschichte lehrt, daß alle derartigen Versuche fehlgeschlagen. Sie lehrt aber auch, daß, was wirtschaftliche Notwendigkeit ist — und der Sozialismus ist eine solche —, sich allen Widerständen zum Trotz durchsetzt.

---

## Bauer und Arbeiter.

Von Robert Grimm.

Stets hat in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz die Bauernfrage eine Rolle gespielt. Von der großen Rede Greulichs aus dem Jahre 1891 im Zürcher Kantonsrat angefangen bis auf den heutigen Tag. Immer wieder stellte sich das Problem, wie sich die Partei der Landwirtschaft und ihren Forderungen gegenüber verhalten solle. Eine Lösung fand die Frage nicht. Die Voraussetzungen für die Klarstellung waren noch nicht gegeben, und erst jetzt zeichnen sich die Wege, die zu einer positiven Stellungnahme führen können.

## I.

In der Partei waren für die Beurteilung der Agrarfrage, um die es sich handelt, zwei Gesichtspunkte feststellbar, die sich auch geographisch leicht einander gegenüberstellen ließen. Wo die Arbeiterschaft in enger Fühlung mit der Bauernschaft stand, in jenen wirtschaftlich gemischten Gebieten, wo der Arbeiter durch Herkunft wie durch die Tätigkeit seiner Familienangehörigen selber zum Halbbauer ward, neigte man der Auffassung zu, die Partei habe sich ein besonderes, auf die Verhältnisse der Kleinbauern zugeschnittenes Agrarprogramm zu geben. Das Programm allein tut's freilich nicht. Ihm müßten besondere Ausgaben der Parteipresse für die ländlichen Gegend folgen. Die mit dem bäuerlichen Eigentumsfanatismus im Widerpruch stehenden Endzielforderungen wären zurückzustellen, die Tagesforderungen, sofern sie revolutionären Charakter aufweisen und im Sinne der kleinkirgerlichen Ideologie gesellschaftsfeindlich sind, zu moderieren, die Sprache unserer Propagandisten müßte manierlicher werden, um die zu gewinnenden Schichten des Kleinbauerntums nicht vor den Kopf zu stoßen. Diese Auffassung wagte sich bis zu dem Vorstoß auf zollpolitischem Gebiet vor, wonach die Sozialdemokratie Agrarzölle, trotz ihrer die Lebenshaltung verteuernden Wirkung, nicht schlankweg ablehnen dürfe, da man auch den Bauern zu helfen habe und andere Mittel als die Schutzzölle ihnen nicht zur Verfügung ständen.

Die andere Richtung lehnte diese Auffassung schlechtweg ab. Sie verwies auf die marxistische Erkenntnis. Die Arbeiterbewegung kann nicht auf künstlichen, mit den gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen im Gegensatz stehenden Grundlagen geschaffen und erweitert werden. Ihre natürliche Basis ist die Entfaltung der kapitalistischen Produktion. Der Versuch, Programm und Ziel der Partei zu verdunkeln, in der Meinung, dadurch die Kleinbauern auf dem Flügel der Wohlwollenden zu sammeln, ist eine Täuschung, zugleich aber auch ein Ausdruck der momentanen Schwäche unserer Partei und des mangelnden Glaubens an die Sieghaftigkeit unseres Ideals. Die Arbeiter müssen die Grundlage unserer Bewegung bleiben. Von ihnen ist nur ein verhältnismäßig kleiner Teil organisiert. Bevor das Bauernproblem für die Partei aktuell wird, sind zunächst die Arbeiter zu organisieren, und erst wenn die Arbeiterreserven erschöpft sind, kann es sich darum handeln, die Agrarfrage auf die Tagesordnung zu stellen.

Wie immer, wuchs auch hier die zu befolgende Richtlinie über schiefe theoretische Erörterungen hinweg aus der Praxis des Alltages heraus. Die Orientierung ergab sich aus der wachsenden Teuerung vor und während des Krieges. Ob man wollte oder nicht, die Arbeiter mußten in den Gegensatz zu den Bauern kommen. Nicht weil die Arbeiter den Bauern hassen oder weil sie ihm eine bessere Existenz nicht gönnen mögen, wohl aber, weil sie sich, wie alle anderen, ihrer Haut wehren müssen.

Diese Wehr richtet sich im Zeichen der steigenden Lebensmittelteuerung, mit welcher das Steigen der Löhne nicht Schritt zu halten vermag, gegen die hohen Lebensmittelpreise. Man konnte dem Ar-

beiter nicht zumuten, die Erhöhung der Preise für Milch, Fleisch und andere Erzeugnisse der landwirtschaftlichen Inlandproduktion ruhig hinzunehmen, ohne des Aequivalents in der Form ausreichender Löhne sicher zu sein. Man konnte dem Arbeiter nicht zumuten, für die Agrarzölle einzustehen, von denen man wußte, daß sie die Teuerungswelle noch höher würden hinaufschmellen lassen.

So erledigte sich die Agrarfrage vorläufig für die Partei von selbst. Seit 1902 geriet die Arbeiterklasse immer wieder in einen scharfen Gegensatz zu der Landwirtschaft und ihrer Politik. Der Gegensatz mußte sich um so schärfer ausprägen, je weniger die Bauern Verständnis für die Bedürfnisse der Arbeiterschaft zeigten. Dem Achtstundentag standen sie verbissen, verständnislos gegenüber. Die Ausnützung der Kampftionjunktur durch die Gewerkschaften verboten sie sich energisch, denn der Arbeiter brauche nicht zu streiken, wenn der Bauer durch seine harte, wenig lohnende Arbeit in Bann geschlagen sei. Bei Truppenaufgeboten gegen Streiks stellten die Bauern aus den dunkelsten Gegenden die reaktionären Kohorten. Dazu kam, daß sich die Bauern der Industrie gegenüber verpflichtet hielten. Half der Bauer den Industriellen gegen die Arbeiter, so half der Industrielle und half das Bürgertum den Bauern in der Durchsetzung ihrer wirtschaftspolitischen Forderungen. Der Gegensatz zwischen Bauern und Arbeiter war da, er verschärfte sich ab und zu mit sprühender Leidenschaft und war auch nicht durch die sorgfältige Unterscheidung zwischen dem Groß- und Kleinbauerntum zu überbrücken. Gewiß gehen die wirklichen Interessen der Groß- und Kleinbauern auseinander, aber der Kleinbauer ist in die landwirtschaftlichen Organisationen und Genossenschaften hineingepreßt. Die rationelle Verwertung seiner wenigen marktfähigen Produkte kann er außerhalb dieser Organisationen, die einen festen Ring bilden, nicht durchführen. Aber auch finanziell ist der Kleinbauer durch die Hypothekarfrage und weitreichende Bürgschaften vom Großbauern abhängig. Schüchterne Versuche sozialistischer Kleinbauernpropaganda mußten unter diesen Verhältnissen folgerichtig scheitern, und wo sie vorübergehend Erfolg hatten, wie etwa im oberen Simmental, lag das an zufälligen persönlichen Konstellationen. Im allgemeinen hielten die Kleinbauern ihren großen Nachbarn von der Zunft stets die Treue, wobei diese Treue, wie betont, eine durchaus materielle Grundlage hatte: die Abhängigkeit vom Hypothekargläubiger und von den in den Einkaufs- und Verwertungsgenossenschaften dominierenden Herrenbauern, die man schließlich auch wieder brauchte, wenn es sich um landwirtschaftliche Arbeiten, zum Beispiel die Bereitstellung von Zugtieren für das Pflügen, für die Ernte- und Holzabfuhr, handelte.

## II.

Seither sind einige Streitobjekte, die zwischen den Bauern und den Arbeitern bestanden, liquidiert worden und eben darin liegen Voraussetzungen, die auch das Agrarproblem für die Arbeiterklasse anders gestalten als früher.

Mit dem Achtstundentag haben sich die Bauern zwar heute noch nicht ausgesöhnt, aber die 48-Stundenwoche ist gesetzlich verankert und nach der zweiten Volksabstimmung haben sich die Bauern mit der Tatsache abfinden müssen. Kämpfe für eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit sind auf Grund der objektiven Lage in den nächsten Jahren wenig wahrscheinlich; wo die Arbeitszeit als Kampfobjekt in Frage kommt, kann es sich einstweilen nur um die Abwehr von geplanten Verlängerungen handeln. Die Gewerkschaften sind so erstaunt, daß die Tarifverträge eine Selbstverständlichkeit bedeuten und im Obligationenrecht grundsätzlich anerkannt wurden. Mit der Ausdehnung des Tarifvertragswesens haben die offenen Kämpfe zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft eine Einschränkung erfahren. In beiden Richtungen bestehen weniger starke Reibungsschichten als früher.

Auch auf der Bauernseite hat sich einiges geändert. In dem Maße, als die Landwirtschaft vom Weltmarkt abhängig wird, betrachten die Bauern die Lautsche Politik der hohen Lebensmittelpreise mit anderen Augen. Vorübergehend brachte ihnen das System Laut zweifellos gewisse Erfolge, insbesondere während der Kriegsjahre. Aber der Politik der hohen Lebensmittelpreise folgten die übersetzten landwirtschaftlichen Liegenschaftspreise wie ein Schatten. Die Bodenverschuldung wurde zu einem Spezialproblem der schwierigen Landwirtschaft. Die Intensität der landwirtschaftlichen Bodenbearbeitung hat einen so hohen Grad erreicht, daß eine dauernde Ertragssteigerung in dem Umfange, der eine Kompensation für die übersetzten landwirtschaftlichen Güterpreise erlauben würde, nicht wohl möglich ist. Das in den Bauernbetrieben investierte Anlagekapital ist außerordentlich hoch, so hoch, daß eine genügende Rendite auch bei günstigen anderen Bedingungen kaum möglich erscheint.

Was durch die Erhöhung der Ertragssteigerung nicht mehr kompensiert werden kann, soll durch die hohen Agrarzölle ausgeglichen werden. Sie sollen den Bauern vor der fremden Konkurrenz schützen. Mit dem im Inland erzielten Marktgewinn soll der Export zu Dumpingpreisen forciert werden. Aber die Landwirtschaft bildet keine Einheit der Produzenten. Der Ausgleich: hoher Inlandspreis = Möglichkeit des Exportes unter den Produktionskosten, läßt sich hier nicht in analoger Weise durchführen wie bei der kartellierten Industrie. Dazu kommt die leichte Verderblichkeit vieler landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Die Produkte müssen rasch an den Mann gebracht werden. Die landwirtschaftliche Produktion läßt sich nicht so leicht regulieren wie die industrielle Produktion. Eine Kuh ist keine Maschine. Sie liefert täglich das Produkt, das sofort verwertet werden muß. Der Viehbestand selbst ist der Größe des Bauernbetriebes angemessen. Soll der Bauer seine Schulden verzinsen, so kann er normalerweise seinen Viehbestand nicht zu Schleuderpreisen veräußern.

So läßt sich der Ausgleich, trotz fein ausgeklügelter Pläne, nicht glatt durchführen. Was der Industrie vergönnt ist, bleibt der Land-

wirtschaft versagt. Sie kann mit ihren Betrieben auch nicht auswandern, die Produktion nicht in das unter günstigeren Bedingungen arbeitende Ausland verlegen. Die Störung des Exportes trifft daher die Landwirtschaft schwerer als die Industrie.

In einer solchen Krise befindet sich die schweizerische Landwirtschaft. Sie leidet nicht an einer allgemeinen Absatzkrise; der mangelnde Export verdarb ihr das Geschäft. Der Auslandsabsatz zu lohnenden Preisen fehlt. Dabei ist als Folge der Politik der hohen Lebensmittelpreise, gefördert durch eine übermäßige Kraftfuttereinfuhr, ein erhöhter Viehbestand vorhanden, zum Teil vermehrt in der Absicht, die mit der Bodenverschuldung gesteigerten Lasten eher tragen zu können. Es kam zur Milchschwemme, zu überfüllten Ställen und Käselagern, zu einer Verschlechterung des Fleischmarktes infolge des Überangebotes.

Die Landwirtschaftskrise ist indes keineswegs nur Ausfluss der zerstörten Valutaverhältnisse in den Exportländern. Für England und Amerika trifft die Verschlechterung der Valuten überhaupt nicht zu. Vielmehr unterliegt die schweizerische Landwirtschaft ähnlichen Wirkungen wie einzelne Industriezweige, beispielsweise die Uhrenindustrie. Auch das Ausland hat im Laufe der Jahre etwas gelernt. Versah die Schweiz den Weltmarkt Jahrzehntelang mit Spezialprodukten, so hat nun das Ausland die schweizerischen Produktionsmethoden übernommen. Der im Ausland hergestellte „Schweizer Käse“ steht dem Originalprodukt in keiner Weise nach. Dabei sind aber die Produktionsbedingungen im Ausland häufig günstiger als in der Schweiz. In der Butterqualität übertrifft Dänemark die Schweiz, ebenso ist die Obstverwertung in Kanada und Australien viel höher entwickelt als bei uns. Will die schweizerische Landwirtschaft den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt bestehen, so kann ihr der Erfolg nicht mehr unter Berufung auf ihre Spezialprodukte blühen. Die Produktionsmethoden sind international heute schon in weitgehendem Maßstabe ausgeglichenen und da hilft als Auskunftsmitteil nur noch der billige Preis.

So ist die Politik der hohen Lebensmittelpreise, die der Landwirtschaft vorübergehend hohe Gewinne zuschanzte, überholt. Das fühlt ein Teil der Bauern instinktiv, und der Ausdruck dieser gefühlsmäßigen Erkenntnis ist die Organisationskrise, die sich da und dort geltend macht und in einer Zerbröckelung der Milchproduzentenverbände auszumünden droht. Die Landwirtschaft ist durch die Logik der Tatsachen gezwungen, eine Neuorientierung zu suchen; die Frage ist, in welcher Richtung die Tastversuche gehen und wieviel Zeit die geistige und produktionstechnische Umstellung beansprucht.

### III.

Von dem soeben gekennzeichneten Boden aus sind jene Erörterungen zu werten, die sich in unserer Parteipresse, aber auch in den Kreisen der Landwirtschaft und ihrer Vertreter, an den Ausgang der

Volksabstimmung vom 5. Dezember 1926 über das Getreidemonopol knüpfsten. Aus der Tatsache, daß Bauern und Arbeiter in der Abstimmungskampagne eine gemeinsame Kampffront errichteten, wurden gelegentlich überschwängliche Schlüsse gezogen. Man erblickte im Geiste bereits ein dauerndes Zusammengehen beider Heerlager, die gemeinsam das Kapital schlagen und die Republik der produktiv Schaffenden verwirklichen würden.

Das ist natürlich ein Trugschluß. Richtig ist daran nur, daß sich objektiv die Lage der schweizerischen Landwirtschaft verschoben hat und sie gezwungen ist, sich neu zu orientieren. Das bedeutet aber noch lange nicht eine dauernde Kampfgemeinschaft mit der Arbeiterklasse. Bis es so weit ist, müssen die jetzt wahrnehmbaren objektiven Entwicklungstendenzen sich noch bedeutend weiter entwickeln und auch dann werden noch Hindernisse genug entstehen, bis eine haltbare Verständigung möglich ist.

Was den Bauern vorläufig immer wieder in Gegensatz zu dem Arbeiter bringen wird, das ist die Eigentums- und die Zollfrage. Darüber muß man sich auch in unseren Reihen klar sein, daß das Privateigentum in der Landwirtschaft zuletzt in Kollektiveigentum umgewandelt werden kann. Wir haben in der Schweiz keinen Latifundienbesitz. Die Eigentumsfrage wird darum auf dem Gebiete der Landwirtschaft in anderer Form dereinst zu lösen sein als auf den übrigen Produktionsgebieten. In der Zollfrage werden die Gegensätze nicht minder scharf aufeinanderprallen. Trotz den üblichen Erfahrungen ist die Landwirtschaft noch weit von der Einsicht entfernt, daß ihr die Politik der hohen Lebensmittelzölle auf die Dauer nicht zu helfen vermag. Je schwieriger für sie die Verhältnisse auf dem Weltmarkt werden, um so mehr wird sie einstweilen noch versuchen, durch erhöhte Lebensmittelzölle im Inland bessere Preise zu erzielen. Sie klammert sich an dieses vermeintliche Hilfsmittel um so mehr, als sie durch eine technische Umstellung ihrer Betriebe die Verbesserung der Produktion zu erreichen sucht, wo ihr die Landwirtschaft des konkurrierenden Auslandes voran ist. Das ist besonders der Fall für die Butter-, Obst- und Gemüseproduktion sowie für die Geflügelzucht.

Die Arbeiterschaft wird die erneuten Versuche zur Schaffung erhöhter Agrarzölle scharf bekämpfen, nicht nur, weil sie nicht mithelfen kann, die eigene Existenz zu erschweren. Sie muß die protektionistischen Bestrebungen der Bauern auch deshalb ablehnen, weil sie historisch falsch sind und den wirtschaftlichen Tatsachen und ihrer Entwicklung widersprechen.

Der Zufall will es, daß diese Kämpfe just in dem Augenblick ausbrechen, da hüben und drüben noch eitel Freude über die gemeinsam geführte Kampagne zugunsten des Getreidemonopols nachklingt. Der Entwurf für den neuen schweizerischen Generalzolltarif liegt vor den eidgenössischen Räten. In der vorberatenden Kommission des Nationalrates hat der Kampf schon eingesezt. Kommen erst die Fleisch- und Viehzölle zur Behandlung, so wird der schärfste Gegen-

saß zwischen der Landwirtschaft und der Arbeiterklasse unvermeidlich sein. Um den Preis der Verhinderung des häufigeren Zusammengehens der Landwirtschaft und der Arbeiterklasse wird sich auch die Exportindustrie, die sich vor einem Jahre zum schärfsten Kampfe gegen die Lebensmittelzölle rüstete, mit weiteren Konzessionen an die Landwirtschaft abfinden. Vorübergehend werden wir wiederum die ursprüngliche Front des ganzen Bürgertums gegen die Arbeiter erleben, darüber gibt es eine Täuschung nicht.

Und trotzdem hat die Arbeiterschaft allen Grund, sich mit der Agrarfrage eingehender als bisher zu beschäftigen. Auch für die Landwirtschaft sind auf die Dauer nicht persönlich politische Einstellungen, sondern die wirtschaftlichen Tatsachen und die aus ihnen hervorgehenden Notwendigkeiten maßgebend. Einmal lassen die Interessen der industriellen Produktion eine übermäßige Erhöhung der Agrarzölle nicht zu, weil sonst der Exportindustrie der Existenzboden entzogen wird. Sodann sind internationale Bestrebungen im Gange, mit dem Wahnsinn der gegenwärtigen Schutzzollpolitik zu brechen und die Zollpolitik in ein annehmbares Verhältnis zu der internationalisierten Wirtschaft zu bringen. Eine internationale wirtschaftliche Verständigung ist undenkbar unter Aufrechterhaltung der zurzeit bestehenden gegenseitigen zollpolitischen Abschmürung.

Die Landwirtschaft, eingetreten in den Kreis der Weltproduktion, kann also nicht mehr mit Sicherheit auf die hohen Schutzzölle bauen. Sie kann es in der Schweiz auch deshalb nicht, weil schließlich nicht die Interessen von drei Vierteln der Bevölkerung dem einen landwirtschaftlichen Viertel geopfert werden können. Damit aber ist der Landwirtschaft das Mittel verwehrt, das ihr auf dem nationalen Markt einen Ausgleich für ihre auf dem Weltmarkt verlorengegangenen Absatzgebiete ermöglichen würde. Und trotzdem muß die Landwirtschaft leben. Dazu gehört nicht nur die Absatzmöglichkeit auf dem nationalen Markt. Sogut wie die Industrie, ist die Landwirtschaft auf den Export angewiesen. Exportieren in genügendem Maße aber kann sie nicht mehr unter Berufung auf ihre schweizerischen Spezialprodukte; der billige, konkurrenzfähige Preis muß dazu kommen.

Heute verhindert der überschuldete landwirtschaftliche Besitz diesen billigen Preis. Kapitalinvestition und Produktionsertrag stehen in einem Mifzverhältnis. Das Problem der Landwirtschaft stellt sich bei objektiver Betrachtung der Dinge so: ob sich für landwirtschaftliche Erzeugnisse ein höherer Preis zugeunsten der Produzenten erzielen läßt, ohne daß durch den Konsum mehr zu belasten. Das ist nach der ganzen Sachlage das Grundproblem der schweizerischen Landwirtschaft in der Gegenwart.

Bis jetzt suchten sich die Bauern auf Kosten der konsumierenden Gesellschaft zu retten. Nun ist eine Grenze erreicht, die sich normalerweise nicht mehr überschreiten läßt. So muß der Ausweg in anderer Richtung gesucht werden, und dieser Weg liegt auf der gleichen Linie wie das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften haben auf dem Gebiete des Einkaufes den Zwischenhandel ausgeschaltet. Sie verkehren direkt mit den Produzenten und dem Großhandel und vermitteln die Ware dem Bauern auf direktem Wege. Auch für die Verwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse wurden Genossenschaften gebildet. Ihr Zweck steht indes im Widerspruch zu dem der landwirtschaftlichen Einkaufsgenossenschaften. Bei diesen handelt es sich um den Schutz der bäuerlichen Konsumenteninteressen; die Verwertungsgenossenschaften sind Organisationen zum Schutze der bäuerlichen Produzenten. Während sich bei den Einkaufsgenossenschaften eine Übereinstimmung mit den allgemeinen Konsumeninteressen ergibt, versuchen die Verwertungsgenossenschaften, den Bauern auf Kosten der konsumierenden Gesellschaft Vorteile zu verschaffen. Dass sie dabei äußerst rücksichtslos vorgehen, ist bekannt. Wir haben in der Schweiz die ganz interessante, auf den ersten Blick paradox anmutende Erscheinung, dass in Verbindung mit den bäuerlichen Produzentengenossenschaften hochkapitalistische Methoden angewendet werden, wie man sie bei Kartellen, Syndikaten und Trusts trifft. Der Outsider wird erbarmungslos niedergekämpft, Zwangsvorschriften und Konventionalstrafen gehen bis an die Grenze eines von Staats wegen strafbaren Tatbestandes.

So besteht innerhalb des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens ein unleugbarer Widerspruch, der in der Doppelstellung des Bauern als Konsument und als Produzent begründet ist. Diese Doppelstellung verschiebt sich im Lauf der Entwicklung immer mehr zuungunsten der Produzenten. Der Kleinbauer vorab ist mehr Konsument als Produzent. Der Ertrag seiner Arbeit reicht oft kaum zur Befriedigung des häuslichen Selbstbedarfs, geschweige denn, mit Ausnahme von etwas Milch und Eiern, für die Ablieferung an den Markt. Aber auch dort, wo die Produktion einen grösseren Umfang aufweist, liegt eine starke Betonung des Konsumeninteresses der Bauern vor. Das hängt mit der Kreditfrage zusammen. Was der Bauer gewinnt, muss er auf dem Altar der Hypothekargläubiger und der Banken opfern. Objektiv gesehen, neigt sich ein immer grösserer Teil der Landwirtschaft dem Konsumeninteresse zu, und darum ist die Frage von Wichtigkeit, ob sich nicht ein besserer Ausgleich zwischen den divergierenden Bestrebungen der zwei grundsätzlich verschiedenen Richtungen des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, zwischen dem Bauer als Konsument und dem Bauer als Produzent, schaffen ließe. Mit anderen Worten: ob der Landwirtschaft nicht dadurch zu helfen sei, dass sie gemeinsam mit den Konsumenten, statt im Gegensatz zu ihnen, ihre Interessen wahrzunehmen versucht. Die Antwort auf diese Frage dürfte auch hier die Praxis geben.

Wer die Verhältnisse der Milchversorgung studiert, wird unschwer eine im Grunde genommen widersinnige, den Preis des Produktes unverantwortlich verteuende Verteilung feststellen können. Wie selten so offenkundig, bietet sich hier ein Beispiel, das

die Lüge von der Vorzüglichkeit privatwirtschaftlicher Güterverteilung illustriert. Würde dieses privatwirtschaftliche Vorbild beispielsweise auf die Post übertragen, so müßte sie zum Ruin dieser Institution führen. Die Post hat die Verteilung zweckmäßig durch den systematischen Aufbau der Verteilgebiete organisiert. Keinem Menschen würde es einfallen, von der Post zu verlangen, daß sie etwa die zu vertragenden Postsachen in alphabetischer Anordnung der Adressaten ihrem Personal zur Verteilung übergebe, so daß der Briefträger Nr. 1 alle Postsachen mit dem Anfangsbuchstaben A., der Briefträger Nr. 2 alle Postsachen mit dem Anfangsbuchstaben B. usw. verteilen würde. Ein solches System wäre Wahnsinn und würde dazu führen, daß in ein und dieselbe Straße, in ein und dasselbe Haus ein ganzer Schwarm von Verteilungspersonal hineingeschickt werden müßte. Dieser Wahnsinn aber besteht bei der Milchverteilung. Die über alles gelobte Privatwirtschaft hält ein System der Milchverteilung aufrecht, das ungeheure Unsummen unproduktiver Arbeit verschlingt, das das Produkt in unverantwortlicher Weise verteuert und das dazu führt, daß der Konsummilchpreis 50 und mehr Prozent über der Vorkriegshöhe steht, während der Produzent kaum den vor dem Kriege bezahlten Erlös bekommt. Die Ursache liegt in dem parasitären Verteilsystem. In das gleiche Haus kommen fünf bis sechs Milchträger, in die gleiche Straße ihrer zwanzig oder dreißig und dabei strahlt die Verteilung nicht von einer Zentralstelle aus. Die Händler werden in der ganzen Stadt herumgejagt, der im Norden wohnende Milchmann besucht Kundenschaft in entgegengesetzter Richtung und umgekehrt. Gemessen an den in der kapitalistischen und wissenschaftlichen Presse viel gehörten Tiraden über die Rationalisierung der Wirtschaft, ist ein derartiger Zustand geradezu ein Verbrechen. Dieses Verbrechen ist um so schlimmer, als es in einem Lande besteht, dessen Existenz durch die natürliche und geographische Lage außerordentlich erschwert wird und wo der unproduktive Aufwand der gesamten Volkswirtschaft auf ein Mindestmaß reduziert werden müßte.

Hier gilt es für unsere Partei, einzusehen. Die Milch ist ein Einheitsprodukt. Bei der vorhandenen Vereinheitlichung der Methoden der Milchverarbeitung gibt es für die Konsummilch sozusagen keine Qualitätsunterschiede mehr. Auch da sind enorme Fortschritte erzielt worden. Die Gesetzgebung über die Lebensmittelpolizei tut das übrige, so daß ein im Produkt begründetes Hindernis rationeller und einheitlicher Verteilung nicht besteht. Einziges Hindernis, den Wahnwitz zu beseitigen, ist zurzeit nur noch die Bequemlichkeit der Kunden und der Mangel an Entschlossenheit zu einer rationellen Verteilung bei den Produzenten und bei den Konsumgenossenschaften. Würde die Milchverteilung in den Städten und Industrieorten einheitlich organisiert, so könnte die Verschleißspanne zweifellos um mehr als die Hälfte reduziert werden. In die Differenz hätten sich Konsument und Produzent zu teilen. Beide würden gewinnen und der Volkswirtschaft bliebe ein Millionenaufwand unnützer Ausgaben erspart.

Selbstverständlich setzt eine derartige Organisation die Verständigung zwischen Produzenten- und Konsumentenorganisation voraus. Die Gefahr, daß die landwirtschaftlichen Produzentenorganisationen versuchen würden, den Markt monopolistisch zu beherrschen und nicht nur den durch die Vereinheitlichung möglichen finanziellen Vorteil, sondern darüber hinaus einen erhöhten Preis zu erzielen, läßt sich nicht von der Hand weisen. Hier eben ist es Aufgabe der Arbeiter, wirtschaftlich zu denken und durch den Ausbau der Konsumentenorganisationen das Gegengewicht zu schaffen, das den Ausgleich und damit den allgemeinen wirtschaftlichen Fortschritt ermöglicht.

Grundsätzlich gilt das für die Milchverteilung Gesagte für eine Reihe anderer Gebiete des landwirtschaftlichen Verwertungswesens. Der Bauer muß sein Schlachtvieh zu einem Spottpreis dem Händler und dem Metzger überliefern. Diese beiden machen glänzende Gewinne und der Konsument zahlt die hohen Vermittlungsspesen im Fleischpreis. Hier wiederum ließe sich durch die Verwirklichung der Regieschlachtterei ein in die Millionen gehender unproduktiver Aufwand beseitigen mit dem gleichen Nutzeffekt für die Produzenten und die Konsumenten wie bei der Milch. Der Zwischenhandel ist es, der dem landwirtschaftlichen Produzenten den Ertrag der Arbeit unter ihren Wert reduziert und dem Konsumenten einen die Lebenshaltung verteuern den und die ganze Volkswirtschaft des Landes schädigenden Fleischpreis aufzwingt.

Auch auf dem Gebiete des Viehexportes zeigen sich die Schäden des Zwischenhandels. Die armen Teufel von Bergbauern, die gelegentlich ein Stück Zuchtvieh auf den Markt bringen, sind mangels einer geeigneten genossenschaftlichen Absatzorganisation gezwungen, ihre Ware dem Händler auszuliefern, der seinerseits oft das Vier- und Fünffache des dem Bauern gezahlten Preises durch den Export löst.

Das sind nur wenige Beispiele. Sie sollen zeigen, auf welcher Linie die Landwirtschaft und die Arbeiterschaft sich finden können, wenn sie sich finden wollen. Der Kampf gegen den Zwischenhandel, aufgenommen auf begrenzten Gebieten sowohl durch die Konsumentvereine als durch die landwirtschaftlichen Einkaufsgenossenschaften, muß auf eine breitere Basis gestellt werden; der Zwischenhandel selbst ist überall dort anzugreifen, wo durch seine Beseitigung eine Verbilligung der allgemeinen Umläufen erzielt werden kann. Hier ist ein Kampfboden, auf dem sich der Bauer und der Arbeiter, geeinigt durch gleichlaufende Interessen, finden können.

Dieser Kampfboden ist nicht der einzige. So richtig es ist, daß ein Teil der Bauern kapitalistisch orientiert ist, ebenso wahr ist die Tatsache, daß zwischen dem größeren Teile der Bauern und dem Großkapital ein Interessengegensatz besteht. Im Vordergrund steht hier die Hypothekfrage und im Zusammenhang mit ihr die Frage der zweckmäßigen Organisation des Sparkapitals.

und des Kapitalexportes. Auch der betriebsstechnischen Umstellung in der Landwirtschaft und dem Ausbau des landwirtschaftlichen Bildungswesens wird die Arbeiterschaft die volle Aufmerksamkeit schenken.

Dazu kommt das wichtige Gebiet der Einfuhr von Artikeln des Massenkonsums. Viel mehr wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung, als wegen der Institution selbst, war das Getreidemonopol Angriffsobjekt großkapitalistischer Kreise. Die Bauern mochten noch so sehr betonen, es handle sich für sie nur um einen Ausnahmefall. Die kapitalistischen Gegner wußten besser, wohin die Reise ging. Darum galt es für sie, den ersten praktischen und groß angelegten Versuch der Nationalisierung der Lebensmitteleinfuhr zu verhindern. Die Vorbereitung dieses Versuches ist ihnen für einmal gelungen. Für einmal! Der Zukunft trauen sie trotzdem nicht, darum die kampfähften Bemühungen, zu neuen Vorstößen in sachlicher und personeller Richtung auszuholen.

Die kapitalistischen Monopolgegner haben recht. Die Zukunft drängt zu staatlichen und gemischt-wirtschaftlichen Monopollösungen, nicht nur auf dem Gebiete der Getreideversorgung. Die staatlichen Handelsmonopole werden zu einer unerlässlichen Notwendigkeit, je mehr die Privatmonopole sich entwickeln, je gedrückter die Lebenshaltung der Arbeiter, je schwieriger die Lage der Landwirtschaft sich gestaltet. Auch hier wieder eine Reihe von gemeinsamen Interessen zwischen Bauer und Arbeiter. Der erfolgreiche Kampf gegen den Zwischenhandel und das gesittete Schiebertum setzt in einer Reihe von Fällen das Einfuhrmonopol des Staates geradezu voraus, so zum Beispiel in der rationellen Schlauchverwertung.

Der Hinweis auf diese Beispiele mag genügen. Es erübrigt sich um so mehr, auf Einzelheiten einzugehen, als der vorangehende verdienstvolle Artikel von Freund Nobs diese Seiten des Problems eingehend behandelt. Die Betrachtungen zeigen, daß eine gemeinsame Front mit den Bauern überall dort objektiv möglich und notwendig ist, wo sich die Wege der Landwirtschaft und des Großkapitals scheiden. Eine solche Trennungslinie besteht unzweifelhaft und sie hat sich in den letzten Jahren rasch und scharf ausgeprägt. Das will nicht heißen, daß damit zwischen der Landwirtschaft und der Arbeiterklasse eine Einheit der Interessen in allen Fragen vorhanden sei. Davon ist keine Rede. Und darum wird sich die Kampffront von Bauer und Arbeiter noch für lange Jahre auf ganz bestimmte Aufgaben beschränken. Aber schon diese Möglichkeit bedeutet vom geschichtlichen Standpunkt der Arbeiterklasse aus so außerordentlich viel, daß sie von der Partei bewußt ausgenutzt werden muß, ohne Illusionen, mit klarer Zielbewußtheit und energischem Willen.